

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Gesundheitszustand des Kaisers ist gegenwärtig wieder Gegenstand dunkler Gerüchte. Der Kaiser wird, wie jetzt steht, nach der Hochzeit des Kronprinzen im Frühjahr nächsten Jahres eine Mittelmeerreise machen, von der schon damals nach der Reise im letzten Sommer die Rede war. Darauf werden wieder die wunderlichsten Vermutungen und die dunkelsten Befürchtungen geknüpft, da die Ursache des vorgeitigen Todes des Kaisers Friedrich noch in aller Erinnerung ist. Nach dem glücklichen Verlauf der Krankheit des Kaisers im letzten Jahre tut man gut, jetzt alle Vermutungen, die auf Schwarzeheret hinauslaufen, ins Reich der Fabel zu verwiesen.

Für die Verstaatlichung der Bergwerke tritt in drei langen Artikeln die „Kreuzzeitung“ ein. Sie hofft hierin alle nur denkbaren Vorteile; allerdings knüpft sie daran die eine Bedingung, „dass der Staat nicht gleich Überprosse im Sinne des Kohlenhandels herausstößt, sondern sich mit den tatsächlichen Auslagen plus Vergütung der aufgenommenen Kapitalien begnügt.“ Indirekt würde der Staat sowieso durch die Erhebung der Steuerkraft der Bevölkerung gewaltig gewinnen. Und was die „sozialistische Gefahr“ anlangt, so ist es geradezu die Vorbedingung für das auch von den Kohlenindustriellen so gern geprägte System der freien Konkurrenz, dass die Herrschaft privater Monopole gebrochen wird.“ Damit wird die Sache doch zu sehr auf die leidliche Schulter genommen. Gewiss muss die erdrückende Herrschaft privater Monopole gebrochen werden, aber dazu gibt es vorerst noch ganz andere Wege als die Radikalfür der Verstaatlichung. Man legt einmal ein Kartellabkommen vor, wie es das Zentrum fordert.

Kardinal Kopp's Votum gegen die israelischen Parallelklassen. Der von einem israelischen Geistlichen geleitete Prümmer „Glas“ widmet dem Kardinal Dr. Kopp, der im Landtag gegen die israelischen Parallelklassen in Tropfen und Teichen zu stimmen wagte, folgende charakteristische Stilübung: „Kardinal Dr. Kopp unterstrich den eindrucksvollen Protest der deutschen Abgeordneten, damit die israelischen Parallelklassen bei den israelischen Lehrerbildungsanstalten bestellt werden. Schon in dem Landtagsberichte aus Tropfen haben wir vor der „Vid. Novum“ und „Selose Liss“ dieses unchristliche Stückchen des Kardinals Kopp verurteilt. Wenn jedoch diese Blätter aus dem deutschen Zuvor des Kopp's Kapital gegen die katholische Kirche und unsere Brüder ablösen, beweisen sie damit, dass es sich ihnen nur um eine Scheiße handelt, wie wenn die katholische Kirche oder die Brüder dafür könnten, dass sich der Kardinal Kopp, jegliche Christlichkeit und geborgte Rückichtnahme am seine israelischen und polnischen Diözessonen vergessend, auf Seite der wütenden Slawentreter stellt. Der Koll Kopp beweist nur seine persönliche vorstolare Unvorständigkeit und ferner, dass einen Deutinationalen kein Adler, kein Purpur, vor der Prunktätigkeit gegen die Zläven abhält. Die Tat Kopp's ist um so verurteilungswürdiger, als sie von einem Bischof und Kardinal kommt. Die sogenannte höhere „kirchliche“ Politik, nach welcher man mit den Wölfen hantieren muss, wenn sie in der Mehrheit sind, hat sich bisher der Kirche israelisch ausgezahlt.“ Der Ton dieses Artikels enthebt uns jedes weiteren Kommentars.

Der Handelsvertragverein, bekannter unter dem allerdings minder angenehmen Namen „Portomonieverein“, hat fürstlich wieder seine Arbeiten in einer Ausführung aufgenommen. In dieser Sitzung sind allerlei Beschlüsse gefasst worden, die dazu dienen sollen, den Anhänger zu vermeiden, als habe die in der letzten Zeit erfolgte Auflösung von Landesräten und der Aufzug vom Ende des ganzen Vereins bedeutet. Tatsächlich steht der Verein noch immer in der schweren Krise, in die er durch den Tod seines Vorsitzenden von Siemens hineingeraten ist. Der Nachfolger Siemens, der Geheimen Kommerzienrat Herz, hat sich recht wenig um den Verein gekümmert und dessen Nachfolger, der Abgeordnete Gotheim, kann den Verein auch wohl nicht retten, denn er steht bis über die Ohren in der Parteipolitik und es bedarf keiner langen Überlegung, dass ein Mann, der die Absturz im Reichstag in allen Ecken mitgemacht hat, kaum das Vertrauen findet, auf das hin unsere Großindustrie und die großen Handelshäuser das viele Geld hergeben, das ein Verein mit einem so großen Apparat nötig hat. Dazu kommt, dass der Verein mit der Lösung der Handelsvertragsfrage keine Aufgabe völlig verliert. Nur suchen die Zentralen, die bei dem Verein mit schweren Gehältern angestellt sind, den Verein zu retten, aber diese Versuche, die sich besonders auf die Begründung internationaler Beziehungen richten, werden heute wohl noch keinen Erfolg haben können, da man im Auslande von der internationalen Solidarität des Handels und der Industrie noch weniger wissen will als bei uns. Man wird daher schon damit rechnen müssen, dass der Verein eines guten Tages verschwinden wird. Die „Arbeiter“ und „Handwerker“, die von dem Verein gegen die politischen Parteien ins Feld geführt wurden, sind bereits verloren. So ist der „Zentrumsarbeiter“ Hildebrand aus Mühlheim a. d. R., der seinerzeit gegen das Zentrum mobil machen sollte, zum Werkmeister in der Löwischen Maschinenfabrik aufgerückt.

Truppen, die nicht vereidigt sind, gibt es in der Detmolder Garnison. Die „Stolz. Blg.“ sagt, es geiche dies, weil gegen die Regentenschaft des Grafen Leopold ein Protest von Schaumburg-Lippe vorliege. Im Halle der Bundesrat diesem stattgebe, müssten die Truppen wieder anders vereidigt werden. Auch der kleine Staat Lippe-Detmold hat souveräne Rechte; diese sind eine innere Angelegenheit. Die maßgebenden Stellen des Staates haben den Grafen Leopold zum Regenten ernannt. Die Eidesleistung der Truppen an ihn muss also mit denselben Rechten erfolgen, wie sie von Seiten der Regierung und der Staatsbeamten erfolgt ist.

Reform des Wechselprotests. Die Altesten der Kaufmannschaft von Berlin stellten in ihrer Sitzung vom 26. er. eine Eingabe an den Reichskanzler über die Reform des Wechselprotests fest. In dieser führen sie aus, dass das noch aus dem 14. Jahrhundert stammende Institut des Wechselprotests gänzlich veraltet sei und den Anforderungen des modernen Verkehrs in seiner Weise mehr entspreche.

Als Reformvorschläge werden bezeichnet: 1. Das gegenwärtige Protestverfahren soll vereinfacht und insbesondere der Protest nicht in eine besondere Urkunde aufgenommen, sondern auf den Wechsel selbst, oder eine Allonge gelegt werden. 2. Nach dem Vorbild Belgien soll der Postprotest eingeführt werden, wofür allerdings notwendige Voraussetzung sei, dass der Staat die Haftung für Versehen der Postbeamten übernimmt. 3. Endlich wird bei Anlandswechseln die Zulassung des Privatprotests befürwortet. Dieses Verfahren würde von besonders grossem Vorteil sein, für die Bankgeschäfte, welche die am Platze zahlbaren Wechsel durch ihre Kassenboten einziehen. Der Kassenbote würde hier im Falle der Nichthonoriierung des Wechsels an Stelle des Postbeamten das Protestformular auszufüllen und natürlich eine Benachrichtigung über die stattgehabte Protestierung zurückgelassen haben. Jegnd welche Nachteile würden sich aus der Einführung dieser Reform nicht ergeben, da alle diese Vorschläge nur faktutativ sein müssen, die Erhebung des Postprotests und des notariellen Protests also in jedem Falle freistünde.

Praktische Katholische Sozialpolitik. Im August dieses Jahres ist in Westfalen ein Verein ins Leben gerufen worden, der so recht die Erhabenheit der katholischen Charitas zeigt. Der Verein nennt sich „Tolerans-Gesellschaft“ und hat sich zum Ziele gesetzt, Heilung, Pflege und gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen. Schon die Katholikenversammlung zu Köln hatte darauf hingewiesen, dass wir auf diesem Gebiete der Charitas zurückgeblieben seien. Steht doch den 13 protestantischen Krüppelheimen Preußens kein einziges katholisches gegenüber, während die neueste Statistik von Rheinland und Westfalen allein zirka 50 000 katholische Krüppel aufweist. Nun soll in Westfalen der Anfang gemacht werden mit einer Anstalt für gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen zu Bigge im Bezirk Arnsberg. Es ist beabsichtigt, die Jünglinge möglichst in kunsthandwerklichen auszubilden, in Buchdruckerei, Lithographie, Photographic, Buchbinderei, Lederarbeiten, Bildhauerrei und dergleichen. Vorerst wird eine Buchdruckerei und Buchbinderei eröffnet, im nächsten Jahre sollen weitere Betriebe folgen. Das ganze Unternehmen beweist von neuem das hohe Verständnis weiter katholischer Kreise für die soziale Not unserer Tage.

Gin neues Kartell? Die „Kat. Blg.“ sieht in der Vereinigung des konserватiven Abgeordneten von Löbel in die Reichslangzeit die Absicht des Reichskanzlers, Konserватiv und Nationalliberalen näher zusammenzubringen. Hier von Löbel habe diese Aufgabe schon einmal unternommen und zwar unter Miguel in der Amaiafrage. Die „Kat. Blg.“ würde diesem Bestreben auch gar nicht abgeneigt gegenüberstehen, weil hierdurch im preußischen Landtag die übermächtige Rolle des Zentrums eine wesentliche Abschwächung erfahren würde. Eigenartig; von dieser Stellung des preußischen Zentrums haben wir seither gar nichts gewusst; sie existiert auch nicht. Aber nun kommen die Behnken; im Reichstag gehe es nicht ohne das Zentrum, und die „Kat. Blg.“ ist so klug, dass sie einsieht, dass das Zentrum im Reichstage nicht der Regierung die Kosten aus dem Feuer holen wird, wenn man das Zentrum in Preußen mit Stoßprügel traktiert. Am Reichstage aber, meint die „Kat. Blg.“, lasse sich der „entschiedene Einfluss des Zentrums“ nicht ausscheiden und deshalb sei es auch mit dem Kartell vorerst nichts. Die Tranen bängen noch zu hoch, sicherlich für immer.

Ein treffendes Urteil über die deutsche Volkspartei fällt die konserватive „Kreuzzeitung“, indem sie aus Anlass des Alschaffenburger Parteitages schreibt: „In Alschaffenburg hat in diesen Tagen die deutsche Volkspartei, bekannt unter dem Namen Süddeutsche Demokratie, ihren 29. Parteitag abgehalten. In ihrer fast einen Menschenalter umfassenden Tätigkeit hat die Volkspartei so gut wie nichts zu stande gebracht. In tönen Phrasen und anspruchsvollen Auftritten rote sie zwar stets bervor; allein trotz ihres losenden Namens hat sie im Volke keinen Boden fassen können. Ihr heutiger parlamentarischer Bestand ist auf 6 Reichstagsabgeordnete herabgekümmert, dabei ist noch der Essener Demokrat Dr. Blumenthal als Solitär mitgezählt worden. Auf ein volles Dutzend hat es die „Deutsche Volkspartei“ mit ihrer „Fraktion“ im Reichstag niemals gebracht; ihre Plätze sind fibrigens noch dazu meist leer geblieben, vermehrt aber hat die Süddeutschen Volksparteier feiner.“ — Wir haben dem nichts auszuholen.

Mitläufer und Parteigenossen. Die Organisation liegt bei allen Parteien im Argen. Da sieht man, dass der Kreisum, der sich sonst sehr wohl auf die Organisation versteht, in Hamburg nur 11 Prozent seiner Wähler, der Antisemitismus noch weit weniger und die Nationalliberalen nicht viel mehr organisiert haben. Die Sozialdemokratie aber fällt in Hamburg nicht weniger als 18 Prozent ihrer vielen Wähler in den Vereinen haben. — Für die bürgerlichen Parteien kommt diese Mahnung gerade zur rechten Zeit; denn nur zu oft wird erst dann an die Organisation gedacht, wenn der Gegner dabei ist, Terrain zu erobern, oder wenn der Wahlkampf vor der Tür steht und die Frage brennend wird, wer die Wahlkosten bezahlen soll. Die andere Zeit hindurch wird die politische Organisation als etwas gleichgültiges behandelt. Das muss aufhören! Wenn die Armee einsatzfähig sein soll, dann sind auch Männer nötig! Der Volksverein macht heute die umständliche Gründung eigener Vereine überflüssig, da er die Obhutshheiten der politischen Vereine übernommen hat und sie aufs Beste ausführt. Darum ist es leicht, die politische Organisation auf der Höhe zu halten, wenn überall der Volksverein eingeführt wird. Der Volksverein hat jetzt 400.000 Mitglieder. Das macht gegenüber den 18 Prozent der Hamburger Sozialdemokraten bei einem Vergleich mit den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen 1.856.000 Stimmen gar kein Resultat aus, auf das wir uns etwas einzubilden vermögen. Darum wird auch bei uns die fleißige Weiterarbeit auf dem Gebiete der Organisation eine Hauptaufgabe sein müssen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Londoner Meldung, wonach die österreichisch-ungarische Regierung bei Harrow & Co. in England dreißig Torpedoboote zerstört und Torpedoboote bestellt hätte, den Bau derselben jedoch der österreichischen Werft in Triest

hätte übergeben müssen, weil die Ausführung der Schiffsbauten in England nur mittels Rachtarbeit und daher mit 50 Proz. Verlustschlag hätte ausgeführt werden können, wird von zuständiger Seite dahin richtig gestellt, dass die österreichisch-ungarische Kriegsverwaltung bei der genannten englischen Firma nur einen Torpedobootezerstörer und ein Torpedoboat bestellt hat. Die Schiffe sollen als Musterstücke für die im Inlande herzustellenden neuen Fahrzeuge der österreichisch-ungarischen Torpedoboote flotte dienen.

Der Statthalter Graf Göch ist unter Beleidigung des Ordens der Eisernen Krone erster Klasse von seinem bisherigen Posten entbunden und zu seinem Nachfolger der bisherige Landespräsident der Bukowina Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst ernannt worden. Zum Landespräsidenten der Bukowina wurde Ministerialrat Regner von Leyseleben ernannt.

England.

Am 1. Oktober ist in London Sir William Harcourt gestorben. Harcourt war einer der namhaftesten unter den liberalen Staatsmännern und Rechtsgelehrten. Geboren 1827 trat er 1854 als Advoat an die Universität. Dann wurde er Professor des Völkerrechts in Cambridge, 1873 Sachwalter der Krone unter Gladstone. Viermal war er im Gladstones Kabinett. Bedeutend als Historiker und Publizist bleibt er der letzte Vertreter des englischen Parlamentaroliberalismus.

Frankreich.

Das Parlament wird zum 18. Oktober einberufen werden. Noch vor Neujahr soll das Budget und die Einkommensteuervorlage erledigt werden und die Debatte über das Militärgesetz wenigstens begonnen werden. Clemenceau will allerdings sofort auch die Trennung der Kirche vom Staat auf die Tagesordnung gelegt wissen. Ob er aber damit bei dem Sogern des Ministerpräsidenten Combes durchdringt, ist sehr die Frage.

Rußland.

Der Mörder Plehwe, von dem man schon lange nichts mehr gehört hatte, so dass es schon bieh, er sei entflohen, befindet sich noch wie vor in Haft, er soll auch völlig wiederhergestellt sein. Er ist ein ehemaliger Student aus Moskau, der Sohn eines Holzhändlers aus Ufa, Ramens Sazonow. Der junge Mann war nach Tomsk in Sibirien verbannt und später war er Journalist bei mehreren südrussischen Zeitungen.

Tibet.

Die Lösung der Tibetfrage, wie sie England eigentlich getroffen hat, findet den Widerstand Russlands. Das offizielle „Journal de Pétersbourg“ reproduziert einen Artikel der „Moskowskaja Wiedomost“, der sich auf den englisch-tibetischen Vertrag bezieht. In dem Artikel wird ausgeführt: Der Vertrag müsse, sowohl was China, als auch was Tibet, besonders aber was Russland anbetrifft, für null und nichtig angeklagt werden. Russland könne und darf den Vertrag nicht anerkennen, weil er in offenbarem Widerspruch mit den im englischen Parlament abgegebenen Erklärungen stehe, ebenso mit dem englisch-russischen Übereinkommen, nach dessen Bestimmungen sich England aufläufig verpflichtet habe, keinerlei Änderung im politischen Status quo Tibets vorzunehmen. In dem Artikel wird schließlich betont, der Text des englisch-tibetischen Vertrages beweise die Ungeniertheit der englischen Regierung. Durch die Errichtung des englischen Protektorats über Tibet würden alle bisherigen Grundsätze der fremden Mächte über die Integrität Chinas zerstört. Tibet gelangt wie China in englische Hände, womit ein mächtiges Stützpunkt aus dem chinesischen Kaiserreich herausgeschnitten und dem fremden Wettbewerbe entzogen würde. Von diesem Gesichtspunkte könne der Tibetvertrag eine Entwicklung einleiten, deren Gefahr schwer übersehbar scheint.

Aus Stadt und Land.

Bestellungen aus unserem Sortiments mit Namensstempel für die Arbeit sind der Redaktion allezeit mitzuteilen. Der Name des Künstlers steht ebenfalls auf dem Stempel. Keine Ausgaben müssen unterschrieben werden.

Dresden, den 3. Oktober 1904.

Den gestrigen Sonntag verbrachte Se. Majestät der König in zum grössten Teile außer Bett. Allerhöchsterseitliche hörte früh 9 Uhr die hl. Messe, war wiederholt längere Zeit an der Luft und nahm mittags an der gemeinsamen Mittagstafel teil. Leider beeinträchtigte der zum Teil noch sehr starke Hustenreiz und die mit diesem einhergehende Appetitlosigkeit die Nahrungsaufnahme. Auch die Radstraße litt dorunter und erst gegen Morgen trat Verdauung und füger Schlafe ein. Aus Sibille entnahm wir, dass das Verfinden Ihrer Majestät der Königin-Witwe ein vorzügliches ist. Kammerherr v. Weißbach-Reichenbach ist gestern zur Dienstleistung in Sibille eingetroffen, desgleichen als Gast Leibarzt Dr. Hoffmann. Oberhofmeister v. Walortie, Erzellen, ist gestern nachmittag nach Dresden abgereist. Die Kammerberennerin wurde bei Seiner Majestät dem König hat von gestern bis mit 15. Oktober er. der Adj. Kammerherr von Arnim-Planitz übernommen.

Se. Königliche Hoheit der Kronprinz besichtigte vorigestern nachmittag die Jubiläumsausstellung des Bezirksschulvereins Obers Elbtal in Donats Neuer Welt in Tolkewitz unter der Führung des Ausstellungsleiters Herrn Baumhülslebner P. Haubert. Der Kronprinz, der Protector der Ausstellung ist, sprach ihrem Leiter wiederholt seine Anerkennung aus und wünschte dem Verein in seinen Befreiungen weiteres Gediehen. In Begleitung des Kronprinzen war der persönliche Adjutant Haubermann Richter.

Gestern wurde Se. Hoheit der Herzog Heinrich Borwin von Mecklenburg-Schwerin in Chloroformnarkose, nachdem noch mehrere Röntgenbilder angefertigt worden waren, operiert. Die Kugel der rechten Knieselenkelgegend lag unter der Kniescheibe etwa einen halben Centimeter vom inneren Rande entfernt an der Wand des Schleimbeutels und konnte nach kurzen Suchen befestigt werden. Im schwer verletzten linken Knieselenkel hatte die Kugel, nach der Richtung ihres Laufes zu schließen, die Gelenkkapsel, die bei Beginn der Verhandlung schon geschlossen war, dicht über der Kniescheibe durchbohrt, hatte hier einige Bleiplatten hinterlassen und eine Blutung veranlasst, wodurch sich auch die Schmerzen beim Bewegen erlätteten; sie war dann weiter gegangen und hatte sich im Bandapparat eingebettet, wo sie von dem in das Gelenk zur Kontrolle eingeführten Finger